

EV Nr.

Eingetragen am

Betreibungsamt

Anmeldung zur Eintragung eines Eigentumsvorbehalts

für einen **Konsumkreditvertrag** gemäss Art. 1 ff. des Bundesgesetzes über den Konsumkredit (KKG)

Veräusserer/Verkäufer (genauer Name, Vorname, Beruf, Adresse)

Erwerber (genauer Name, Vorname, Beruf, Adresse)

Minderjähriger Erwerber (genauer Name, Vorname, Adresse, Geburtsdatum)

Schriftliche Zustimmung des gesetzlichen Vertreters (genauer Name, Vorname, Beruf, Adresse)

Ist die Zustimmung im Kaufvertrag enthalten?

Ja Nein Die Zustimmung ist auf beiliegendem Dokument enthalten

Datum der Zustimmung

Allfälliger Zessionar (genauer Name, Vorname, Beruf, Adresse)

Inhalt der Zession

Datum der Zession

Antragsteller

Bezeichnung der Gegenstände

(Ein der Anmeldung beiliegendes ausführliches Inventar muss erwähnt und von den Parteien original unterschrieben sein)

Standort der Gegenstände

Datum der Vereinbarung

Forderungsbetrag (Rest)

Fr.

Verfalltermine (einzelner Raten)

.....
Ort und Datum

.....
Unterschrift des Veräusserers/Verkäufers

.....
Unterschrift des Erwerbers/Käufers

.....
Unterschrift des Zessionars

Beilagen:

Bescheinigung nach Art. 16 KKG

Der Erwerber bescheinigt, dass er vor mindestens 7 Tagen eine Kopie des Vertrages erhalten und innert dieser Frist den Vertrag nicht gemäss Art. 16 KKG widerrufen hat.

.....
Ort und Datum

.....
Unterschrift des Erwerbers/Käufers

Auszug aus dem Bundesgesetz über den Konsumkredit (KKG, SR 221.214.1)

Art. 9 Barkredite

Konsumkreditverträge sind schriftlich abzuschliessen; die Konsumentin oder der Konsument erhält eine Kopie des Vertrags.

Der Vertrag muss angeben:

- den Nettobetrag des Kredits;
- den effektiven Jahreszins oder, wenn dies nicht möglich ist, den Jahreszins und die bei Vertragsschluss in Rechnung gestellten Kosten;
- die Bedingungen, unter denen der Zinssatz und die Kosten nach Buchstabe b geändert werden können;
- die Elemente der Gesamtkosten des Kredits, die für die Berechnung des effektiven Jahreszinses nicht berücksichtigt worden sind (Art. 34), mit Ausnahme der bei Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen entstehenden Kosten; ist der genaue Betrag dieser Kostenelemente bekannt, so ist er anzugeben; andernfalls ist, soweit möglich, entweder eine Berechnungsmethode oder eine realistische Schätzung aufzuführen;
- die allfällige Höchstgrenze des Kreditbetrags;
- die Rückzahlungsmodalitäten, insbesondere den Betrag, die Anzahl und die zeitlichen Abstände oder den Zeitpunkt der Zahlungen, welche die Konsumentin oder der Konsument zur Tilgung des Kredits und zur Entrichtung der Zinsen und sonstigen Kosten vornehmen muss, sowie, wenn möglich, den Gesamtbetrag dieser Zahlungen;
- dass die Konsumentin oder der Konsument bei vorzeitiger Rückzahlung Anspruch auf Erlass der Zinsen und auf eine angemessene Ermässigung der Kosten hat, die auf die nicht beanspruchte Kreditdauer entfallen;
- das Widerrufsrecht und die Widerrufsfrist (Art. 16);
- die allfällig verlangten Sicherheiten;
- den pfändbaren Teil des Einkommens, der Kreditfähigkeitsprüfung zu Grunde gelegt worden ist (Art. 28 Abs. 2 und 3); Einzelheiten können in einem vom Konsumkreditvertrag getrennten Schriftstück festgehalten werden; dieses bildet einen integrierenden Bestandteil des Vertrags.

Art. 10 Verträge zur Finanzierung des Erwerbs von Waren oder Dienstleistungen

Dient der Kreditvertrag der Finanzierung des Erwerbs von Waren oder Dienstleistungen, so muss er auch folgende Angaben enthalten:

- die Beschreibung der Waren oder Dienstleistungen;
- den Barzahlungspreis und den Preis, der im Rahmen des Kreditvertrags zu bezahlen ist;
- die Höhe der allfälligen Anzahlung, die Anzahl, die Höhe und die Fälligkeit der Teilzahlungen oder das Verfahren, nach dem diese Elemente bestimmt werden können, falls sie bei Vertragsschluss noch nicht bekannt sind;
- den Namen der Eigentümerin oder des Eigentümers der Waren, falls das Eigentum daran nicht unmittelbar auf die Konsumentin oder den Konsumenten übergeht, und die Bedingungen, unter denen die Ware in das Eigentum der Konsumentin oder des Konsumenten übergeht;
- den Hinweis auf die allfällig verlangte Versicherung und, falls die Wahl des Versicherers nicht der Konsumentin oder dem Konsumenten überlassen ist, die Versicherungskosten.

Art. 11 Leasingverträge

Leasingverträge sind schriftlich abzuschliessen; der Leasingnehmer erhält eine Kopie des Vertrags.

Der Vertrag muss angeben:

- die Beschreibung der Leasingsache und ihren Barkaufpreis im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses;
- die Anzahl, die Höhe und die Fälligkeit der Leasingraten;
- die Höhe einer allfälligen Kautions;
- den Hinweis auf die allfällig verlangte Versicherung und, falls die Wahl des Versicherers nicht dem Leasingnehmer überlassen ist, die Versicherungskosten;
- den effektiven Jahreszins;
- den Hinweis auf das Widerrufsrecht und die Widerrufsfrist;
- eine nach anerkannten Grundsätzen erstellte Tabelle, aus der hervorgeht, was der Leasingnehmer bei einer vorzeitigen Beendigung des Leasingvertrags zusätzlich zu den bereits entrichteten Leasingraten zu bezahlen hat und welchen Restwert die Leasingsache zu diesem Zeitpunkt hat;
- die Elemente, die der Kreditfähigkeitsprüfung zu Grunde gelegt worden sind (Art. 29 Abs. 2); Einzelheiten können in einem vom Leasingvertrag getrennten Schriftstück festgehalten werden; dieses bildet einen integrierenden Bestandteil des Vertrags.

Art. 12 Überziehungskredit auf laufendem Konto oder Kredit- und Kundenkartenkonto mit Kreditoption

Verträge, mit denen eine Kreditgeberin einen Kredit in Form eines Überziehungskredits auf laufendem Konto oder auf einem Kredit- und Kundenkartenkonto mit Kreditoption gewährt, sind schriftlich abzuschliessen; die Konsumentin oder der Konsument erhält eine Kopie des Vertrags.

Der Vertrag muss angeben:

- a. die Höchstgrenze des Kreditbetrags;
 - b. den Jahreszins und die bei Vertragsabschluss in Rechnung gestellten Kosten sowie die Bedingungen, unter denen diese geändert werden können;
 - c. die Modalitäten einer Beendigung des Vertrags;
 - d. die Elemente, die der Kreditfähigkeitsprüfung zu Grunde gelegt worden sind (Art. 30 Abs. 1); Einzelheiten können in einem vom Kredit- oder Kundenkartenvertrag getrennten Schriftstück festgehalten werden; dieses bildet einen integrierenden Bestandteil des Vertrags.
- 3 Während der Vertragsdauer ist die Konsumentin oder der Konsument über jede Änderung des Jahreszinses oder der in Rechnung gestellten Kosten unverzüglich zu informieren; diese Information kann in Form eines Kontoauszugs erfolgen.
- 4 Wird eine Kontoüberziehung stillschweigend akzeptiert und das Konto länger als drei Monate überzogen, so ist die Konsumentin oder der Konsument zu informieren über:
- a. den Jahreszins und die in Rechnung gestellten Kosten;
 - b. alle diesbezüglichen Änderungen.

Art. 13 Zustimmung des gesetzlichen Vertreters

Ist die Konsumentin oder der Konsument minderjährig, so bedarf der Konsumkreditvertrag zu seiner Gültigkeit der schriftlichen Zustimmung der gesetzlichen Vertreterin oder des gesetzlichen Vertreters. Die Zustimmung ist spätestens abzugeben, wenn die Konsumentin oder der Konsument den Vertrag unterzeichnet.

Art. 14 Höchstzinssatz

Der Bundesrat legt den höchstens zulässigen Zinssatz nach Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b fest. Er berücksichtigt dabei die von der Nationalbank ermittelten, für die Refinanzierung des Konsumkreditgeschäftes massgeblichen Zinssätze. Der Höchstzinssatz soll in der Regel 15 Prozent nicht überschreiten.

Art. 15 Nichtigkeit

Die Nichteinhaltung der Artikel 9–11, 12 Absätze 1, 2 und 4 Buchstabe a, 13 und 14 bewirkt die Nichtigkeit des Konsumkreditvertrags.

Art. 16 Widerrufsrecht

Die Konsumentin oder der Konsument kann den Antrag zum Vertragsabschluss oder die Annahmeerklärung innerhalb von sieben Tagen schriftlich widerrufen. Kein Widerrufsrecht besteht im Falle von Artikel 12 Absatz 4.

Die Widerrufsfrist beginnt zu laufen, sobald die Konsumentin oder der Konsument nach den Artikeln 9 Absatz 1, 11 Absatz 1 oder 12 Absatz 1 eine Kopie des Vertrags erhalten hat. Die Frist ist eingehalten, wenn die Widerrufserklärung am siebenten Tag der Post übergeben wird.

Ist das Darlehen bereits vor dem Widerruf des Vertrags ausbezahlt worden, so gilt Artikel 15 Absätze 2 und 3. Im Falle eines Abzahlungskaufs, einer auf Kredit beanspruchten Dienstleistung oder eines Leasingvertrags gilt Artikel 40f des Obligationenrechts¹.